

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung  
und Technikfolgenabschätzung

Ausschussdrucksache

20(18)52c

01.07.2022

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94

F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96

[www.fzs.de](http://www.fzs.de)

[info@fzs.de](mailto:info@fzs.de)

**Vorstand**

Lone Grotheer

Daryoush Danaei

Marie Müller

Matthias Konrad

[vorstand@fzs.de](mailto:vorstand@fzs.de)

Berlin, 01.07.2022

An

die Mitglieder des Bundestagsausschuss  
für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

## Stellungnahme vom fzs e.V. zur Ausschussanhörung des 28. BAföG Änderungsgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden beziehen wir als freier Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) zu dem 28. BAföG-Änderungsgesetz Stellung. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit diesem Gesetz eine Option schafft, Studierenden in einer Notsituation nun einen Zugang zum BAföG zu geben. Wichtig ist überdies die Anerkennung der Tatsache seitens der Bundesregierung, dass viele Studierende vom BAföG-Bezug ausgeschlossen sind die etwa ihre Eltern "nicht mit der Geltendmachung von Ausbildungsunterhaltsansprüchen belasten wollen".

Wünschenswert wäre daher, dass diese Erkenntnis in weiteren Reformen mitbedacht wird, damit Studierende entlastet werden. Um der prekären finanziellen Situation der Studierenden Rechnung zu tragen, darf ein Notfallmechanismus sich nicht nur an der Notlage zu Beginn der Corona-Pandemie und den Jobverlusten aufgrund von Isolationsgebot und Gastronomiebetriebseinschränkung orientieren, sondern müssen neben einer angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt auch Notlagen wie Inflation, Heizkosten und Energiepreise berücksichtigt werden.

Der freie Zusammenschluss von student\*innenschaften (fzs) e.V. ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit über 90 Mitgliedern vertritt der fzs mehr als 1.000.000 Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in der ESU – European Students' Union.

Der geplante Notfallmechanismus hat, wie wir schon im Austausch mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erwähnten, einige entscheidende Lücken, weshalb sich dieser nicht mit der von uns zu Beginn der Pandemie geforderten BAföG-Öffnung gleichsetzen lässt.

Auf diese wollen wir im Folgenden eingehen, zuvor bedarf es jedoch eines Rückblicks auf die aktuellen finanziellen und psychosozialen Herausforderungen von Studierenden in Deutschland.

## Übersicht

1. Bestandsaufnahme Situation der Studierenden
  1. Corona Pandemie
  2. Angriffskrieg Russlands
  3. Inflation & Energiepreise
2. Unsere Kritik am geplanten Notfallmechanismus
  1. Unsichere Umsetzung
  2. Förderhöhe
  3. Internationale Studierende auffangen
  4. Auslands-BAföG Beziehende
  5. Indikator studentischer Arbeitsmarkt
  6. Regionale Krisen
  7. Selbsterklärung statt Nachweispflicht
  8. Elternabhängigkeit
  9. BAföG-Beziehende auch unterstützen
  10. Darlehensanteil
3. Entwurf für die Notlage
  1. BAföG Öffnung grundsätzlich gefordert
  2. Bürokratien und Nachweise Abbau
  3. Umsetzung des Notfalls vorbereiten
4. Resümee
  1. Mindeststandards definieren
  2. Einbeziehung der Interessenvertretung klar definieren

# Bestandsaufnahme Situation der Studierenden

## Corona Pandemie

Dass die Corona-Pandemie viele Herausforderungen, die vorher bestanden haben, verstärkt und Schwachstellen im Hochschulbetrieb aufgezeigt hat, ist durch verschiedenste Umfragen und Erfahrungsberichte deutlich geworden. Dennoch hatte sich die damalige Bildungsministerin Anja Karliczek gegen eine von vielen Seiten geforderte Öffnung des BAföG entschieden. Die stattdessen eingeführte Überbrückungshilfe und das Angebot, den KfW-StudienKredit zinsfrei für einen begrenzten Zeitraum (Schlussdatum: 30.09.2022)<sup>1</sup> nutzen zu können, ließ leider viele Studierende aufgrund der eng zugeschnittenen Bedarfsprüfung außen vor.<sup>2</sup>

In unserer breit angelegten Umfrage im Januar 2022 stellten wir fest, dass weiterhin eine große Zahl, der über 7.600 teilnehmenden Studierenden aus ganz Deutschland vor finanzielle Herausforderungen steht und finanziell bei weitem nicht zurück auf dem Niveau vor Corona sind.<sup>3</sup>

Die weiterhin anhaltenden Herausforderungen der Corona-Pandemie für Studierende (einerseits die soziopsychologischen Folgen der sozialen Isolation, andererseits auch die Unsicherheit mit Blick auf das kommende Wintersemester und den weiterhin steigenden Corona Infektionszahlen, sowie die finanzielle Belastung durch Kreditabzahlungen oder fehlenden Zugriff auf die Entlastungspakete der Bundesregierung) zeigen, dass Ausnahmezustände durchaus länger anhalten als die sechs Monate, welche für die Vollzuschussoption im aktuellen Gesetzesentwurf angesetzt werden.

## Angriffskrieg Russlands

Zusätzlich zu dem seit mehr als zwei Jahren bestehenden Corona-Betrieb an den Hochschulen und Universitäten, bei dem besonders Risikogruppen und pflegende Studierende immer noch an der regulären Teilnahme gehindert sind, kommt eine weitere Ausnahmesituation dazu. Die aufgrund des grausamen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine entstandene Notsituation für die hierher flüchtenden Studierenden, sowie die mit dem Krieg zusammenhängenden dramatisch steigenden Energie- und Lebensmittelpreise stellen besonders diejenigen Studierenden, die sowieso schon vor finanziellen Herausforderungen standen, nun vor eine Existenzkrise.<sup>4</sup>

## Inflation & Energiepreise

Aus unserer Sicht stellt auch diese Situation der Preissteigerungen eine Notlage unter Studierenden dar, da diese sich in Zukunft noch drastischer auf die Kaufkraft der Studierenden auswirken wird und aktuell kaum durch die Entlastungspakete abgefedert wird. Insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Studierenden durch die Corona-Pandemie schon angeschlagen sind,

---

<sup>1</sup> <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/das-muessen-sie-jetzt-wissen.html>

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/bafoeg-aerger-101.html>

<sup>3</sup> <https://www.fzs.de/wordpress/wp-content/uploads/2022/01/fzs-Umfrage-online-Auswertung-18.01.22.pdf>

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/steigende-energiekosten-101.html>

braucht es eine schnelle und wirksame Umsetzung des Notfallmechanismus, an der wir als Studierendenvertretung auch konkret mitwirken können.

## Unsere Kritik am geplanten Notfallmechanismus

### Unsichere Umsetzung

Die doch sehr offen gehaltene Gestaltung des finanziellen Unterstützungsrahmens, sehen wir aus Sicht der Studierenden, als Gefahr für die Wirksamkeit des Notfallmechanismus. Aus Sicht der Bundesregierung bietet diese Gestaltung zwar Handlungsspielraum, durch die Verordnung erst zu Beginn der Krise konkreter auf die Notlage zu reagieren und ggf. den finanziellen Rahmen anzupassen. Umgekehrt bedeutet dies aber auch, dass nicht klar ist wie lange, mit welcher Nachweispflicht und mit was für einem Darlehensanteil die Studierenden schlussendlich rechnen können. Erst mit diesen Punkten wird sich die Schlagkraft, sowie die sozioökonomische Bedeutung des Mechanismus messen lassen. Bei den aktuellen Studienfinanzierungsprogrammen sind die Perspektive der Verschuldung und die umständliche Bedarfsprüfung entscheidende Faktoren dafür, dass nur so wenige aktuell BAföG beziehen.

Außerdem bedeutet diese offene Gestaltung, dass die Wirkung des Mechanismus verzögert wird, aufgrund der zu klärenden Fragen und der technischen Abstimmung. Die schnelle Hilfe der Studierenden muss aber im Fokus stehen, daher braucht es aus unserer Sicht eine Konkretisierung der Umsetzung, sowie zumindest einen Fahrplan für die ersten drei Monate in der Notlage (wie es bspw. Auch schon das DSW forderte).<sup>5</sup>

### Förderhöhe

Wir sprechen uns klar gegen eine Möglichkeit der Begrenzung der Förderhöhe nach § 59 Abs. 6 Nr. 2 BAföG-E durch die Rechtsverordnung aus. Es muss sichergestellt sein, dass die Rechtsverordnung nicht weniger als die normalen Bedarfssätze auszahlen darf. Selbst diese sind derzeit bekanntermaßen nicht existenzsichernd.

Auch sprechen wir uns gegen die Aufnahme von § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 aus, denn so könnten Studierende in Teilzeit von Leistungen aus dem Sozialgesetzbuch ausgeschlossen werden. Jobcenter bzw. Sozialämter könnten damit sofort ihre Leistungen an Teilzeitstudierende einstellen und es dürfte dauern, bis in der Folge das (erwartungsgemäß niedrigere) Notfall-BAföG ausgezahlt wird.

### Internationale Studierende auffangen

Dass internationale Studierende, die hier vor Ort mindestens genauso wie alle anderen Studierenden von der Notlage betroffen sein werden, trotzdem nicht durch den Notfallmechanismus aufgefangen werden sollen, schockiert uns.<sup>6</sup> In der Abwicklung der Überbrückungshilfe ist besonders aufgefallen, dass die Mehrheit der Antragsteller\*innen ausländische Studierende waren,

---

<sup>5</sup> <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/28-bafoegaendg-stellungnahme-dsw.html>

<sup>6</sup> <https://www.dw.com/de/corona-krise-l%C3%A4sst-zahl-ausl%C3%A4ndischer-studienanf%C3%A4nger-einbrechen/a-56898334>

die offensichtlich unter struktureller Armut leiden. Sie müssen daher explizit auch im Notfallmechanismus Erwähnung finden.

Hinzu kommt, dass internationale Studierende mit den Änderungen des 27. BAföG-Änderungsgesetzes auch wieder mit einer Erhöhung des Sperrkontos rechnen müssen. Dies, sowie die Studiengebühren für Nicht-EU ausländische Studierende in Baden-Württemberg und neuerdings auch in Bayern<sup>7</sup>, hindert eine Internationalisierung deutscher Hochschulen und steht im Widerspruch zur Behebung des sogenannten „Fachkräftemangels“.

### **Auslands-BAföG Beziehende**

Aus unserer Sicht sind bisher auch Studierende, welche mit oder ohne Auslands-BAföG ihr Auslandssemester/-studium realisieren, nicht berücksichtigt. Diese Studierenden sind bei einer Notlage in Deutschland betroffen, insofern sich diese über Einkommenseinbußen bei den Eltern und nachgelagert dann bei den Studierenden und ihrem zur Verfügung stehenden Geld auswirkt. Die hohen Kosten eines Studiums im Ausland schränken schon ohne Notlage Studierende in ihrer Mobilität ein, gerade in einer Notlage muss diesen aber unbedingt ein geregelter Abschluss ihres Auslandssemesters/-studiums ermöglicht werden.

### **Indikator studentischer Arbeitsmarkt**

Wie schon zu Beginn erwähnt, verstehen wir, dass sich der Notfallmechanismus, abgeleitet aus den entstandenen Herausforderungen durch die Corona-Pandemie, an der studentischen Arbeitsmarktlage orientiert. In der Pandemie wurde aber auch deutlich, dass es eine strukturelle Armut unter Studierenden gibt (wie auch der Paritätische Wohlfahrtsverband in seiner neusten Studie darlegt)<sup>8</sup>. Zusätzlich wurde bei unserer bundesweiten Befragung aus Januar 2022 klar, dass auch eine Vielzahl von Studierenden in die Schieflage aufgrund von fehlenden Einkünften der Eltern geraten. Diese Abhängigkeit von dem Einkommen der Eltern darf nicht bei der Definition der Notlage vergessen werden.<sup>9</sup> Die aktuelle Notsituation, mit dem Jahrzehnte-Hoch der Inflation und Energiepreise, welche sich mit Blick auf den Winter sicher deutlich verschärfen wird, zeigt umso mehr, wieso der Notfallmechanismus mit nur einem Indikator nicht ausreichend funktionsfähig ist. Es braucht daher weitere Indikatoren für eine Krisensituation Studierender.

### **Regionale Krisen**

Die Betrachtung regionaler Krisen, die mit Blick auf die dramatischen Klimaentwicklungen immer mehr zunehmen werden, wird auch langfristig eine geordnete Unterstützung für Studierende fordern. Die Wasserfluten im Ahrtal letztes Jahr zeigen, wie drastisch die Auswirkungen regionaler Katastrophen sein können.<sup>10</sup> Daher wünschen wir uns eine Perspektive, wie auch auf regionaler Ebene der bundesweite Notfallmechanismus

---

<sup>7</sup> <https://www.studis-online.de/studiengebuehren/bayern.php>

<sup>8</sup> <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/armut-im-studium-30-prozent-aller-studierenden-leben-in-armut/>

<sup>9</sup> <https://www.fzs.de/2022/01/18/ergebnisse-wie-gehts-euch-bundesweite-studierendenbefragung-2021-22/> S.22

<sup>10</sup> <https://www.rnd.de/medien/flutkatastrophe-im-ahrtal-menschen-erinnern-sich-an-die-flut-themenabend-bei-arte-5XRVS4WV3VEXRIDD425ZBKBKIM.html>

(beispielsweise durch die Option von Landesverordnungen) greifen kann. Denn auch hier gilt es zu betonen, dass die Situation von Schüler\*innen, Azubis und Studierenden im Rahmen ihrer Ausbildung besonders schützenswert ist und sie diese Phase so ununterbrochen wie möglich absolvieren können müssen.

### **Selbsterklärung statt Nachweispflicht**

Der vorliegende Entwurf des Notfallmechanismus legt keine Modalitäten zur Beantragung der finanziellen Unterstützung fest. Wir gehen daher davon aus, dass die Beantragung analog zum regulären BAföG geregelt würde, sollte der Mechanismus Anwendung finden. Schon die Nothilfe für Studierende im Rahmen der Coronapandemie hat deutlich gemacht, dass schnelles Handeln in Krisensituationen zwingend notwendig ist, um die Folgen abzumildern und finanzielle Härten abzufangen.

Aus Berichten Betroffener wissen wir jedoch, dass die Bearbeitung regulärer BAföG-Anträge aktuell teilweise mehrere Monate braucht. So könnte es im Extremfall passieren, dass Anträge erst final bearbeitet werden können, wenn die Notlage bereits wieder beendet ist. Die Beantragung des BAföG muss daher allgemein an verschiedenen Stellen vereinfacht werden. Besonders bei der Konzeption eines Notfallmechanismus braucht es jedoch ein möglichst einfaches, schnelles und barrierearmes Verfahren zur Beantragung. Wir schlagen hier eine Selbsterklärung vor, in der die Beantragenden lediglich auf maximal zwei Seiten ihre Situation darlegen müssen.

### **BAföG-Beziehende auch unterstützen**

Erst kürzlich zeigte eine Studie des paritätischen Gesamtverbands erneut die prekäre finanzielle Situation Studierender auf. 30% aller Studierenden in Deutschland leben in Armut. Schon im alltäglichen Leben bekommen viele also gerade so ihren Lebensunterhalt bestritten.  $\frac{3}{4}$  aller Studierenden arbeiten zudem neben dem Studium. Ihr Lebensunterhalt hängt also maßgeblich an ihrem Verdienst im Nebenjob. Darunter befinden sich auch viele Studierende, die bereits BAföG beziehen. Wenn also das Einkommen oder andere Finanzierungsquellen wegbrechen, werden auch Studierende, die bereits BAföG beziehen, vielfach in finanzielle Probleme geraten. Daher bräuchte es auch für diese Studierenden eine Möglichkeit, in einer Notsituation durch finanzielle Hilfen abgesichert zu werden.

### **Darlehensanteil**

Die Aufteilung der Unterstützung in 50% Zuschuss & 50% Darlehensanteil und insbesondere die Rückkehr zu 100% Darlehensanteil in einer Notlage über mehr als 6 Monate stößt bei uns auf Unverständnis. Die Anerkennung der Krisensituation sollte für sich schon Grund genug sein, hier nicht unter die Standards der allgemeinen BAföG-Förderung zurückzufallen. Wie für diese fordern wir allerdings auch hier, Ausbildungsfinanzierung als Vollzuschuss zu gewähren.

# Unser Entwurf für eine wirksame BAföG-Öffnung

## **BAföG Öffnung grundsätzlich gefordert**

Wie in dieser Stellungnahme bereits mehrfach deutlich geworden ist, haben viel mehr Studierende Probleme mit der Finanzierung ihres Studiums, als aktuell durch das BAföG erreicht werden. 30% aller Studierenden leben in Armut, während nur noch weniger als 11% aller Studierenden BAföG erhalten. Wir fordern daher nicht nur in Notsituationen, sondern grundsätzlich eine Öffnung des BAföG für alle Studierenden. Mindestens aber in Notsituationen sollte das BAföG allen offen stehen und die Zugangsvoraussetzungen sollten so gering wie irgend möglich gehalten werden.

## **Bürokratien und Nachweise abbauen**

Der Notfallmechanismus muss einer Notlage gerecht werden und also schnell zur Verfügung stehen und den Beantragenden möglichst schnell ausgezahlt werden können. Dazu müssen Hürden möglichst geringgehalten werden, in erster Linie sind also aufwendige Prüfungsverfahren und die Menge der Nachweise abzubauen. Dies hat bei der Überbrückungshilfe mit der Selbsterklärung besser funktioniert, auch wenn die Bedarfsprüfung zu eng geschnürt war.

## **Umsetzung des Notfalls vorbereiten**

Die Umsetzung der Überbrückungshilfen hing maßgeblich an den Studierendenwerken, diese haben, so schnell sie mit den zur Verfügung gestellten Mitteln, konnten, die neue Hilfe geschaffen.

Dafür bedanken wir uns im Namen der Studierenden, die von dieser profitieren konnten. Deshalb ist es aber auch entscheidend, dass die Studierendenwerke zur technischen Umsetzung, aber auch zur Abwicklung des Notfallmechanismus personell und finanziell besser ausgestattet werden. Für eine bessere Planbarkeit der Bedarfe braucht es zumindest für die ersten drei Monate einer Notlage einen konkreten Fahrplan und die Ermöglichung einer technischen Lösung für eine schnelle Auszahlung und Erfassung.

# Resümee

## **Mindeststandards definieren**

Der Notfallmechanismus wird ohne eine einigermaßen klare Definition einer Notlage nicht auskommen. Diese darf sich allerdings nicht auf den studentischen Arbeitsmarkt beschränken, sondern muss auch andere finanzielle Herausforderungen für Studierende umfassen. Hierfür bedarf es einer Konkretisierung des vorgelegten Gesetzesvorhabens der Bundesregierung.

Wie unterschiedlich diese Anforderungen und die Krisenlage sein kann, haben wir versucht zu skizzieren. Insbesondere die unterschiedlichen Auswirkungen verschiedener Notlagen müssen genau betrachtet und dabei die Sicht der Betroffenen miteinbezogen werden.

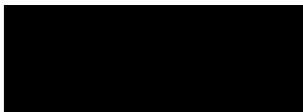
Daher rufen wir dazu auf, auch uns als Studierende sowie explizit auch die Schüler\*innen und Azubis mit in die Beratung einzubinden.

### **Einbeziehung der Interessenvertretung klar definieren**

Es ist entscheidend, in einer Notlage bei der Ausgestaltung einer entsprechenden Verordnung alle drei Statusgruppen einzubeziehen. Dabei ist der fzs e.V. im Rahmen unserer Rolle als Dachverband der Studierendenvertretung heranzuziehen und unsere Expertise in den Prozess einfließen zu lassen.

Grundsätzlich bewerten wir das Gesetzesvorhaben positiv. Vieles, was wir uns von einer BAföG-Öffnung erhofft haben, bleibt bei dem aktuellen Entwurf aber auf der Strecke. Zudem sehen wir es nicht als Lösung, einzig diesen Notfallmechanismus zu schaffen, solange im regulären BAföG noch viele grundlegende Probleme bestehen bleiben. Damit es wieder ein gutes und wirksames Gerechtigkeitsprogramm gibt im Bereich der Bildung, braucht es daher eine zeitnahe 29. BAföG-Änderung, die die schon lange bekannten strukturellen Probleme langfristig löst und das BAföG wieder zu einem funktionierenden Instrument der Bildungsgerechtigkeit macht.

Mit freundlichen Grüßen,



Lone Grotheer

*Vorständin*



Daryoush Danaii

*Vorstand*



Marie Müller

*Vorständ\*in*



Matthias Konrad

*Vorstand*